

# „Ein Fall, der seinesgleichen sucht“

Staatsanwaltschaft will alle Opfer von Serienvergewaltiger informieren – Kritik an Justizministerium

VON LENA HEISING

**Duisburg/Düsseldorf.** Ein Assistenzarzt, der am Bielefelder Klinikum Bethel 29 Frauen vergewaltigte, hat auch außerhalb des Krankenhauses Sexualverbrechen begangen. Das teilte die ermittelnde Staatsanwaltschaft Duisburg am Freitagabend mit und bestätigte damit eine gemeinsame Recherche des „Kölner Stadt-Anzeiger“ und des ARD-Magazins „Kontraste“. Auf einer bei dem Arzt sichergestellten Liste seien Namen von 80 Frauen vermerkt, der Behörde lägen zudem Videos von 16 Frauen vor, die nicht im Klinikum entstanden seien.

Darunter seien jedoch auch Videos, die einvernehmlichen Geschlechtsverkehr zeigen. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass ein Großteil der auf der Namensliste vermerkten Frauen nicht Opfer einer Straftat wurde. Der Beschuldigte Philipp G. hatte sich im Herbst 2020 in Untersuchungshaft das Leben genommen. Ermittlungen gegen seine Vorgesetzten wurden jedoch eingestellt, ohne alle im Klinikum vergewaltigten Frauen zu informieren. Daraufhin entzog das Justizministerium der Staatsanwaltschaft in Bielefeld den Fall und übertrug die Ermittlungen an die Ermittlungsbehörde in Duisburg.

„**Rudimentäre Namensliste**“ „Kölner Stadt-Anzeiger“ und „Kontraste“ hatten berichtet, dass zahlreiche Opfer bis heute nicht über die Taten informiert wurden. Die Duisburger Ermittler wollen alle identifizierbaren Sexualkontakte von Philipp G. kontaktieren und sie dabei auch über die Geschlechtskrankheiten des Arztes zu informieren. „Die Identifizierung der Sexualpartnerinnen im privaten Bereich stellt sich indes ungleich

schwieriger dar, als die Ermittlung der Patientinnen des Klinikums Bethel“, heißt es in der Mitteilung der Staatsanwaltschaft. „In vielen Fällen wird diese voraussichtlich auch gar nicht möglich sein.“ Die Namensliste sei „lediglich rudimentär“ geführt, G. verwendete oft Spitznamen, Berufsbezeichnungen oder kompromittierende Bezeichnungen.

Zudem seien manche der sichergestellten Videos nur kurz und von schlechter Qualität.

„Während im Hinblick auf die im Klinikum erfolgten Taten zumindest ein Abgleich mit Patientendaten durchgeführt werden konnte, stehen solche objektiven Quellen im privaten Bereich nicht zur Verfügung“, so die Staatsanwaltschaft.

Die SPD-Fraktion im Landtag fordert das Justizministerium auf, im nächsten Rechtsausschuss einen Bericht zum Ermittlungsstand vorzulegen. Das Justizministerium habe im Ausschuss angegeben, die Opfer des

Vergewaltigers seien über die Taten informiert, heißt es in einer Mitteilung der SPD. „Augenscheinlich geht die Fehlerreihe bei den Ermittlungen weiter“, sagte Sonja Bongers, rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag. „Die betroffenen Frauen dürfen nicht erneut zu Opfern werden.“

Im Rechtsausschuss des Landtags war der Fall Philipp G. zuletzt am 14. September Thema. Von weiteren Opfern sei da laut der SPD keine Rede gewe-

sen. „Die Unterrichtung sei bei allen Verletzten zu dem Zeitpunkt abgeschlossen gewesen, als er (ein Vertreter des Justizministeriums) am 30. März 2022 im Rechtsausschuss vorgetragen habe“, steht laut SPD im Ausschussprotokoll.

In der Sitzung des Rechtsausschusses am 26. Oktober solle das Justizministerium nun Stellung zu der Berichterstattung beziehen und offenlegen, wie viele Opfer inzwischen informiert wurden. Es sei „irritierend“, dass der Justizminister in der letzten Ausschusssitzung nicht über die neuen Erkenntnisse zum Ermittlungsstand berichtet hat, so Bongers. „Dass wir jetzt durch die Medien neue Informationen erhalten, ist inakzeptabel. Es handelt sich hier offensichtlich um einen Fall, der in der Geschichte des Landes seinesgleichen sucht.“

## Bericht gefordert

Das Justizministerium wehrt sich gegen die Vorwürfe: Die Mitglieder des Rechtsausschusses seien im März darüber informiert worden, „dass die identifizierten Opfer“ unter Beteiligung der Opferschutzbeauftragten des Landes NRW informiert wurden. Im Rechtsausschuss am 14. September habe ein Beamter des Ministeriums zudem darauf hingewiesen, dass große Mengen an sichergestellten Daten noch ausgewertet würden. „Er hat weiter ausdrücklich erklärt, dass sich im Anschluss an die Auswertung der horrenden Fülle an Daten weitere Anschlussfragen und Ermittlungsschritte ergeben könnten“, so das Ministerium. Vor der nächsten Sitzung werde die leitende Oberstaatsanwältin in Duisburg dem Ministerium darüber berichten, ob weitere Opfer identifiziert und unterrichtet wurden.



Das Klinikum Bethel in Bielefeld

Foto: image/Schöning